



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Wohnungskonzerne:

Fusion Annington – Gagfah

Die Soziale Liste Bochum kritisiert die Fusion in der Wohnungswirtschaft des Ruhrgebiets und fordert stattdessen vehement mehr kommunales Engagement.

Nach der Übernahme der Gagfah Aktiengesellschaft ist die Deutsche Annington mit 350.000 Mietwohnungen und rund 1 Million Menschen in den Wohnungen Deutschlands größter und Europas zweitgrößter Mietwohnungskonzern.

Fortsetzung auf Seite 4

Nur wenig Arbeitsplätze auf Opel-Flächen:

Pakete statt Autos

Während die Opel-Werksflächen in Laer (Werk I) Mitte des Jahres „in das Eigentum der Bochum Perspektive 2022 GmbH“ übertragen werden sollen, blockiert GM/Opel die Flächen im Bochumer Osten (Werk II und Werk III) weiter.

Diese Informationen sind einer Mitteilung der Verwaltung (Nr. 20150066) zu entnehmen, die damit eine Anfrage der Sozialen Liste im Strukturentwicklungsausschuss beantwortet.

„Opel beabsichtigt das Warenverteilzentrum (Warehouse) künftig sowohl auf den Flächen des Werkes II, wie auch auf III zu betreiben“, heißt es wörtlich in der Mitteilung. Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste, kritisiert diese Entwicklung, weil damit Neuansiedlungen im Bochumer Osten in weite Ferne gerückt sind. Hinzu kommt, dass für die Werksflächen in Laer keine konkreten und umfassenden Informationen über Altlasten vorliegen. Entsprechende Gutachten sind bisher nicht öffentlich gemacht worden. Da die Gesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ nach dem Grundstückserwerb „in den Kreis der Sanierungspflichtigen“ eintritt, ist die Gefahr gegeben, dass sich GM/Opel hier aus der (finanziellen) Verantwortung stehlen will.

Günter Gleising sieht ein weiteres Problem darin, dass derzeit alles auf die Ansiedlung der arbeitsplatzarmen Logistik-Branche hinaus läuft. Ursprünglich hatten sich das NRW-Wirtschaftsministerium, die Stadt Bochum und Opel festgelegt, dass der Schwerpunkt auf die „Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen aller Qualifikationsstufen liegen“ muss.

Zur Ansiedlung von DHL (Post-Logistik) in Laer weiter auf S. 3.

Besuchen Sie uns:
soziale-liste-bochum.de

Musikzentrumsträume zerplatzen:

Eröffnung auf unbestimmte Zeit verschoben!

„Es ist gekommen, wie es kommen musste, die Kosten und Termine für den Bau des Musikzentrums sind nicht zu halten“, so kommentiert Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste die jüngste Entwicklung um den Bau des Bochumer Musikzentrums. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass die Stadt bereits vor einigen Monaten über eine Bauzeitverlängerung mit den Beteiligten verhandelt habe.



Die Baustelle des Musikzentrums im April 2015

Von seiner „Punktlandung“ mit einem Fertigstellungs- und Eröffnungstermin 29. Juni 2015 ist Bochums Kulturdezernent Stadtdirektor Michael Townsend nun abgerückt. Wegen zu vieler „Unwägbarkeiten“, so Townsend, wollte er keinen neuen Fertigstellungstermin nennen. Unklar ist noch, ob bei der Terminverschiebung auch zusätzliche finanzielle Gründe eine Rolle spielen. Ob die termingebundenen Zuschüsse von Bund und EU jetzt noch kommen ist offen.

Die Soziale Liste im Rat hat immer gesagt, dass der gesteckte Kostenrahmen sowie die Terminplanung für das Musikhaus unrealistisch sind. Das kommunale Wahlbündnis hat auch schon vor vielen Monaten auf Verteuerungen durch Baukostensteigerung, die Nichterfassung aller Kosten und Kostenüberschreitungen im Innenausbau hingewiesen. Gleiches gilt für den Rahmen für die Folge- und Betriebskosten. Zu fragen ist ebenso, ob die Bochumer Symphoniker überhaupt in der Lage sind, auch

die „organisatorische und wirtschaftliche Verantwortung“ für das Musikzentrum zu übernehmen.

„Die Vorgänge machen erneut die enormen Schwierigkeiten deutlich, die die Stadt Bochum mit dem Bau des Musikzentrums hat. Sie sind ein weiterer Beleg dafür, wie mit unverantwortlichen Finanzaktionen und unrealistischen Versprechungen ein weiteres Prestigeprojekt geschaffen werden soll“, sagt Günter Gleising von der Sozialen Liste. „Dies ist angesichts der seit Jahren bekannten Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum besonders unverantwortlich.“

Opel-Abbruch

Gewaltige Produktivkräfte werden derzeit in Bochum vernichtet:

Der Ausbau der Maschinen, Bandstraßen und der Abriss der Werksteile und Hallen von Opel hat in Laer begonnen. Unterdessen sind mehrere Tausend Werkstätige über eine sog. Transfergesellschaft oder Abfindungen in die Arbeitslosigkeit entlassen worden.



GewerkschafterInnen für Frieden:

Demo 9. Mai

In Bochum hat sich eine Initiative „GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität“ gebildet.

Sie wird u. a. unterstützt von Funktionären aus den Gewerkschaften ver.di, NGG, GEW, IG Metall, IGBCE sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Initiative ruft aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg zu einer Demonstration am 9. Mai in Bochum auf. **Treffpunkt 13.00 Uhr Massenbergstraße.**

13. September:

Oberbürgermeisterinnenwahl

In diesem Jahr wird in Bochum ein neuer Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin gewählt.

Bochums derzeitige Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz tritt nicht mehr zur Wahl an. Die SPD hat den Landtagsabgeordneten Thomas Eiskirch zur Wahl benannt. Auch CDU, Grüne, Linkspartei und Freie Bürger wollen Kandidaten aufstellen. Die Piraten wollen den Sänger Wolfgang Wendland unterstützen.

Anfang Mai wird die Soziale Liste entscheiden ob sie sich an der Wahl beteiligen wird.

Handelsabkommen:

Der Rat für TTIP!

Die Soziale Liste und die Ratsfraktion der Linkspartei haben das Thema TTIP in den Rat gebracht und beantragt, dass sich der Stadtrat gegen das geplante Handelsabkommen ausspricht.

Nach längerer sehr kontroverser Diskussion wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen beschlossen SPD, CDU und Grüne (ergänzt durch Piraten, Freie Bürger und Stadtgestalter) „unverfängliche Fragen“ für die sich die Verwaltung „in den Gremien des Deutschen Städtetages“ einsetzen soll.



Vor der Ratssitzung Demo gegen TTIP

In der Diskussion verstieg sich Christian Hard (CDU) zu der Aussage TTIP könne für ihn „nicht schnell genug kommen“. Andere Redner witterten neoliberalen Aufwind und sprachen sich für weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums aus.

Gas- und Strompreise: Senkung gefordert
Die Soziale Liste fordert von den Stadtwerken eine deutliche Senkung der Energiepreise.

„Insbesondere muss der Gaspreis spätestens zum 1. Mai um deutlich über 10 % gesenkt werden“, so die Soziale Liste. Vor dem Hintergrund des sinkenden Strom- und Gaspreises an den Börsen, sowie dem Preissturz für Öl, gibt es bei den Stadtwerken einen deutlichen Nachholbedarf zur Weitergabe der gesunkenen Preise an die Verbraucher. Da auch nach wie vor die Öl- und Gaspreise miteinander gekoppelt werden, gibt es für den Gaspreis ein erhebliches zusätzliches Potential für eine Preissenkung. Die Soziale Liste Bochum fordert, dass die Bochumer Stadtwerke dem Beispiel anderer Anbieter folgen und die gesunkenen Beschaffungskosten an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben. Beispielsweise senken die Stadtwerke Neumünster ihre Gaspreise für Verbraucher um 8 %. Auch in Arnsberg, Altena und Meerbusch werden die Gaspreise gesenkt. Eine Senkung der Energiekosten trägt auch zur Stärkung der städtischen Einrichtung Stadtwerke bei, da ein Abwandern von Kundinnen und Kunden zu anderen Anbietern verhindert wird.

Soziale Liste fordert höhere Anstrengungen: Anzahl der Schulabbrecher_innen senken

Die Anzahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss ist auch in Bochum mit einer Quote von durchschnittlich 6,2 % in den vergangenen 9 Jahren deutlich zu hoch.

Bei ausländischen Schulabgänger_innen liegt die Quote sogar deutlich über 20 %. Im Jahr 2013 gab es in Bochum zudem auch noch „ca. 270 Versäumnisanzeigen“ und „45 Anträge auf zwangsweise Zuführung“ durch das Schulamt. Diese Zahlen sind in einer aktuellen Verwaltungsmitteilung (Vorlage Nr. 20141355) enthalten, mit der Fragen der Sozialen Liste beantwortet werden.

Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste, fordert höhere Anstrengungen, um die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, zu senken. Auch dem Problem der Schulabbrecher_innen, die vor Vollendung der Schulpflicht und ohne Abschluss die Schule verlassen, muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Gestärkt werden sollte, so Gleising, die Sozialarbeit in Stadtteilen und Schulen. „Vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltsberatungen dürfen die ersten eingeleiteten Maßnahmen nicht weggestrichen werden“, so der Vertreter der Sozialen Liste. Verstärkt werden sollte auch das Engagement der VHS zum Nachholen des Hauptschulabschlusses.

Außerdem fordert die Soziale Liste die örtliche Kommunalpolitik auf, „Bildungspolitische Ziele für Bochum“ zu erarbeiten und das Thema Bildung mit sozialen und strukturellen Aspekten in den Stadtteilen und Wohngebieten zu verbinden.

Erfahrungsaustausch und Studium der Kommunalpolitik in Graz:

Mitglieder der Sozialen Liste zu Besuch in der Hauptstadt der Steiermark

Eine dreiköpfige Gruppe der Sozialen Liste war in der letzten Märzwoche in die österreichische Stadt Graz gereist, um die dortige Kommunalpolitik zu studieren. Die Reise erfolgte auf Einladung der KPÖ von Graz, die mit 20 % Wähler_innenstimmen die zweitstärkste Fraktion im Gemeinderat ist.

Die Mitglieder der Sozialen Liste nahmen am 26. März als Gäste auch an einer Ratssitzung in Graz teil. Der Information über die Kommunalpolitik und deren Verbindung mit der Landespolitik waren bei einem Treffen mit Elke Kahr (Stadträtin und Mitglied der Stadtregierung) sowie Claudia Klimt-Weitthaler (Abgeordnete im Landtag der Steiermark) gewidmet.

Neben dem Zusammentreffen und dem Erfahrungsaustausch mit weiteren Mandatsträger_innen, Gewerkschafter_innen und Betriebsräten standen auch die Teilnahme an Infoständen und Veranstaltungen auf dem Programm. Am 28. März nahm die Abordnung aus Bochum an dem

kurdischen Neujahrsfest (Newroz) in Graz teil. An der Gedenktafel für die Opfer des Faschismus hat die Gruppe aus Bochum ein Blumengebilde niedergelegt.

Internationale Kontakte haben für die Soziale Liste eine hohe Bedeutung. So hat das kommunale Bochumer Wahlbündnis Kontakt zu verschiedenen Botschaften und konnte schon Besuch aus Cuba begrüßen. „Es ist wichtig auch über den eigenen Teller- rand zu schauen und von anderen zu lernen. Unter anderem erwarten wir Anregungen zur Wohnungspolitik und zur Schaffung von Arbeitsplätzen“, betont Ratsmitglied Günter Gleising, der die Reisegruppe der Sozialen Liste leitete.

Zur Information:

Graz ist die Landeshauptstadt der Steiermark und mit 276.526 Einwohner_innen (Stand: 1. Januar 2015) die zweitgrößte Stadt in Österreich.

Der Großraum Graz ist mit rund 600.000 Einwohnern (Stand 2012) nach Wien und Linz die drittgrößte Metropolregion Österreichs.

Der Großraum Graz war in den letzten 10 Jahren der am schnellsten wachsende Ballungsraum Österreichs.

Die Stadt war 2003 Kulturhauptstadt Europas.

Die 48 Sitze im Gemeinderat verteilen sich auf ÖVP 17, KPÖ 10, SPÖ 7 sowie FPÖ, Grüne und Piraten.

Grazer Stadtbudget 2015/16. Soziales geht nicht unter. Deshalb stimmt die KPÖ zu:

- Keine Erhöhung bei Kanal- und Müllgebühren
- 500 neue Gemeindewohnungen
- GVB-Jahreskarte um 228 Euro
- Mehr öffentliche Parkanlagen
- Keine Streichungen von Sozialleistungen
- Keine Privatisierung von städtischem Eigentum
- Kürzung der Parteienförderung
- Weniger Werbe- und Repräsentationsausgaben

Gut für Graz **KPÖ**

Die erfolgreiche Kommunalpolitik in Graz dokumentieren zahlreiche konkrete von der KPÖ durchgesetzte Forderungen wie der Bau von 500 neuen Gemeindewohnungen oder die Einführung einer Jahreskarte für den ÖNVP für 228 Euro.



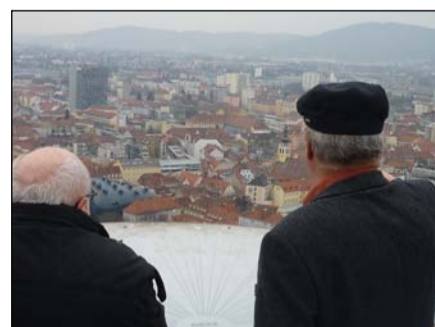
Zu Gast in der Fraktion der Grazer KPÖ



Franz Parteder schilderte am Gedenkort für die Opfer der Nazis Hintergründe des antifaschistischen Widerstandes in Graz. Die Bochumer legten ein Blumengesteck nieder



Der Grazer Bürgermeister begrüßte die Delegation der Sozialen Liste im Rathaus. Im Bild v.l.n.r.: Günter Gleising (Ratsmitglied Soziale Liste Bochum), Elke Kahr (KPÖ, Mitglied der Stadtregierung), Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP)



Hoch oben auf dem Uhrturm: Ernst Kaltenegger erklärt die Stadtentwicklung und Struktur der Stadt Graz.



KPÖ-Gemeinderatsklub-(Fraktions-)Sitzung im Grazer Rathaus



Sonntag, 28. März 2015 in Graz: Große Anti-Pegida Demonstration: „Kein Meter für Pegida“

Soziale Liste zum Haushalt 2015:

Arbeitsplätze statt Prestigeprojekte

Die Soziale Liste kritisiert die Ratsbeschlüsse zur Budgetierung und zum Abbau von 800 Arbeitsplätzen bei der Stadt Bochum vehement.

Die Soziale Liste spricht sich dafür aus, dass der Rat der Stadt Bochum das Angebot der Initiative „Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ annimmt, gemeinsam, wie es der DGB-Geschäftsführer Jochen Marquardt ausgedrückt hat, „für die Interessen der Stadt, der Wirtschaft und der Menschen in unserer Stadt“ zu kämpfen.



Azubi-Kette im Rathaus: Erhalt der Auszubildendenplätze

Die aktuelle Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum ist in hohem Maße auf eine Steuerpolitik zurück zu führen, die zu Einnahmeeinbrüchen und unzureichenden Einnahmemöglichkeiten für die Kommune geführt hat. Auch die Zahlungen der Stadt für den Fonds Deutsche Einheit haben schon lange ihre Berechtigung verloren, sind ein Anachronismus und gehören abgeschafft!

Bei der aktuellen Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum sieht die Soziale Liste aber auch einen Eigenanteil der Stadt und der SPD/Grünen Koalition.

„Schon zu einer Zeit als sich die Verwerfungen bei den Finanzen ankündigten setzten die Stadt und die Koalition aus SPD und Grünen, vielfach unterstützt von der CDU, auf Leuchttürme und Prestigeprojekte, die mit einer weiteren Verschuldung umgesetzt wurden“, so Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste.

Zu nennen sind hier beispielsweise:

- Der RuhrCongress mit den hohen Folgekosten, die den Haushalt bis heute belasten.
- Der Platz des europäischen Versprechens mit mindesten 1,6 Mio. Euro Eigenanteil der Stadt Bochum.
- Das Konzert-/Musikhaus mit 15 Mio. Euro, voraussichtlich aber deutlich höheren Kosten.
- Die gescheiterte Kampagne „Bochum macht jung“ mit rund 1 Mio.
- Das Museum unter Tage. Hier ist die Stadt, obwohl zuerst gesagt wurde, das Museum braucht keine städtische Förderung, mit immerhin 2 Mio. Euro dabei.

Fortsetzung auf S. 3 unten links

Diskussion um 3 %-Hürde:

Keine Sperrklausel bei Kommunalwahlen

Die Soziale Liste kritisiert die Diskussion innerhalb der großen Landesparteien um eine neue Drei-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen. Seit Jahren bemüht sich die Landes SPD darum, den Einzug von kleineren Parteien und Wähler_innenvereinigungen in die Kommunalparlamente zu erschweren.

Alle bisherigen Modelle scheiterten offensichtlich an Bedenken von Landesverfassungsrichtern. Jetzt will die (regierende) SPD die Änderung der Landesverfassung durchsetzen, um dort eine Sperrklausel zu verankern.

Die Begründung der Landespolitik für die Sperrklausel, die Städte und Gemeinden würden „unregierbar“, ist aus Sicht der Sozialen Liste völlig überzogen und unschlüssig. In keiner Ruhrgebietsstadt hat der Einzug von kleineren Parteien und Wähler_innenvereinigungen dazu geführt, dass es dort ernsthafte Schwierigkeiten gab. Auch in Bochum hat sich gezeigt, dass die Vielfalt zwar zu mehr Diskussionsbedarf und manchmal auch zu erhöhtem Abstimmungsbedarf geführt hat, dem steht aber positiv eine höhere Beteiligung verschiedener politischer Kräfte an der konkreten Kommunalpolitik entgegen.

Die Soziale Liste befürchtet, dass durch eine neue Sperrklausel das Interesse an der Kommunalpolitik weiter sinken wird und die Wahlbeteiligung, die jetzt schon unter 50 % liegt, weiter einbrechen wird.

Bei einer Sperrklausel würden in Bochum zusätzlich über 10 % der Wählerinnen und Wähler, die bei der letzten Kommunalwahl eine kleinere Partei oder eine Wählervereinigung gewählt haben, ohne Vertretung im Rat sein.

Die Diskussion um die kommunale Sperrklausel ist kein Beitrag für die Demokratie, sondern ein Beitrag zum Abbau demokratischer Rechte und zu Politikverdrossenheit! Wir fordern die Beachtung des Wähler_innenwillens!

Fortsetzung von S. 2

• Und die Planungen gehen weiter. Obwohl die Investitionsruine Exzenterhaus zu 2/3 leer steht, will die Stadt Bochum mit EGR und Wirtschaftsförderung das Projekt Stadtturm am Hauptbahnhof weiter fördern.

Eine neue millionenschwere Werbekampagne wurde jetzt genau zu dem Zeitpunkt gestartet, als der Rat die Rotstiftbeschlüsse fasste und das Haushaltssicherungskonzept beschloss.

Das Fazit der Sozialen Liste aus der Haushaltsdebatte vom 22. Januar lautet zusammengefasst: Mit dem vorgelegten Beschlüssen zum Haushalt 2015, zum Haushaltssicherungskonzept und zur Personalbewirtschaftung erfüllt die Stadt die von der herrschenden Politik (Bund und Land) gestellten Bedingungen und die der Finanzmärkte, nicht aber die Hoffnungen der Menschen in unserer Stadt auf eine solidarische, lebenswerte Stadt für alle.

Debatte im Rat:

Zur Ansiedlung des DHL-Paketzentrums auf Flächen des Opel Werkes I

Im Bebauungsplan (Nr. 947) von 30. Januar 2013 wurde auf dem Opel-Gelände ausgeschlossen: 1. Logistik, 2. Einzelhandel und 3. Vergnügungsbetriebe. Das wurde einvernehmlich festgelegt und beschlossen. Jetzt soll dieser Beschluss revidiert und Logistik ermöglicht werden, wenn „eine nennenswerte Wertschöpfung“ erfolgt und wenn 35 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf je 10.000 Quadratmeter geschaffen werden.

Was plant die Post (DHL) in Bochum?

Aus den (mageren) Infos der Verwaltung und aufgrund von Recherchen im Internet ergibt sich folgendes Bild:

Das geplante Paketzentrum in Laer soll demnach das 35. Paketzentrum in Deutschland werden. Die Kapazität soll bis zu 50.000 Pakete stündlich im Dreischicht-System betragen. Also könnten bei voller Auslastung über 1. Million Pakete pro Tag bearbeitet werden.

Nennenswerte Wertschöpfung vor Ort etwa durch die Kommissionierung oder Packleistungen ist nicht vorgesehen. Es erfolgt lediglich die Anlieferung der Pakete per LKW, die Aufnahme, Sortierung und Verteilung. Kernstück der Anlage sollen die Hochgeschwindigkeits-Scanner und Sortierautomaten der Firma sein, die auch das Erfassungssystem für die LKW-Maut erstellt hat. Der Abtransport der Pakete erfolgt dann per LKW und Transporter zur Auslieferung. Ich frage: Ist dies wertschöpfende Logistik?

Zur Anzahl der Arbeitsplätze

Gesagt wird immer, es würden 600 Arbeitsplätze geschaffen. Vergessen wird dabei meist der Zusatz „bis“ zu 600 Arbeitsplätzen. DHL selbst legt sich nicht fest und spricht von einer „Zielmarke“.

Aber gehen wir mal von 600 Arbeitsplätzen aus. Ein größerer

Teil dieser Beschäftigten sind aber nur Saisonkräfte (z.B. in der Weihnachtszeit). Der Anteil der Saisonkräfte in einer Größenordnung von rund 1/4 bis 1/3 der Beschäftigten ist allgemein üblich.

Bleiben rund 400 Festangestellte. Da die DHL dazu übergeht die Paketzentren und die kleineren Zustellbasen zusammenzulegen, ist zu erwarten, dass nach Fertigstellung des Paketzentrums in Laer die DHL Zustellbasis in Riemke mit 100 Beschäftigten in die Anlage in Laer integriert wird, bleiben rund 300 neue fest Arbeitsplätze. Auf 150.000 Quadratmeter!

Zur Qualität der Arbeitsplätze

Hier wird in der Vorlage von „versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen“ gesprochen. Es wird so getan, als ob es sich um die Löhne handelt, die denen von Opel vergleichbar wären. Das ist aber keineswegs so. Die Stundenlöhne in der Logistik- und Transportwirtschaft liegen zwischen 10,51 Euro und 12,72 Euro.

Jetzt arbeitet die Post außerdem daran, die Löhne in ihrem Paket- und Logistikbereich in eine Billiglohntochter auszugliedern. Die Gewerkschaft ver.di hat vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, dass sich damit für die Beschäftigten weder der Arbeitsplatz noch die Aufgaben ändern. Nur die Arbeitsbedingungen sollen



von Günter Gleising

verschlechtert und das Einkommen gesenkt werden (Publik 01/2015). Offensichtlich ist Amazon das Vorbild für die Post.

Fazit:

Das für DHL vorgesehene Gelände ist für die Stadt und das Land zu wichtig und zu wertvoll und der Flächenverbrauch zu groß. Die Anzahl und die Qualität der versprochenen Arbeitsplätze sind viel zu gering.

Das Gelände sollte daher weiter für Ansiedlungen im gewerblich/industriellen Bereich vorgesehen werden, die nur hier, aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung, möglich ist. Dies umso mehr, da die Verwaltung in ihrer Mitteilung vom 19. Februar selbst ein „gesteigertes Investoreninteresse“ an den Flächen erwartet (Antwort auf Frage 24).

Die Soziale Liste im Rat lehnt die sogenannte Anpassung des Bebauungsplanes Nr. 947, Opel-Werk I ab. Der Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben, Vergnügungsstätten und reiner Lager- und Logistiktungen soll auf den Flächen des Opel-Werks I in Laer bestehen bleiben.“

Veranstaltungen rund um den 8. Mai:

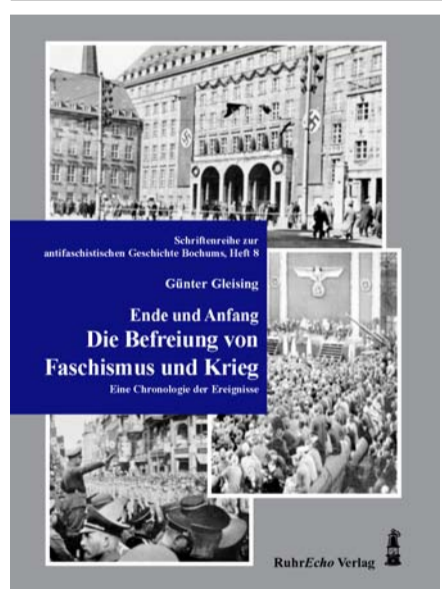
70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

- Dienstag, 5.5., 17:00 Uhr, Gedenkveranstaltung, Stadtpark Bochum, Haupteingang Bergstraße, Gedenktafel **Erinnerung an ermordete Widerstandskämpfer**
- Freitag, 8.5., 16:00 Uhr, **Gedenkweg** zu den Gräbern der Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer. Haupteingang Friedhof Freigrafendamm
- Samstag, 9.5., 13:00 Uhr, Beginn Massenbergsstraße, Demonstration und Kundgebung, 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus! Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa! **FRIEDENSFEST**
- Sonntag, 10.5., 14:00 Uhr, **Antifaschistischer Gefangenengang**. Auf dem Weg der evakuierten Häftlinge in Richtung Dortmund. Start: Außenpforte, Justizvollzugsanstalt, Krümmede
- Mittwoch, 20.5., 20:00 Uhr, Filmvorführung „Der Rat der Götter“. Giftgasherstellung und **Kriegsverbrechen des IG Farben-Konzerns**. Bahnhof Langendreer. (6,50 Euro und 7,50 Euro)
- Sonntag, 7.6., 14.00 Uhr, Stadtrundgang **Bochum im Faschismus**. Treffpunkt: Rathausplatz an der Glocke.

„Schauen wir der Wahrheit ins Auge“

Am 8. Mai 1985 sprach der kürzlich verstorbene Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges:

„Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“



Günter Gleising: Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg

Eine Chronologie der Ereignisse „... Schwerpunkt der Arbeit der VVN/BdA ist die ‘Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochum’. Nun ist die achte Broschüre dieser Reihe erschienen, welche die ‘Befreiung von Faschismus und Krieg’ in Bochum und anderen Städten im Ruhrgebiet behandelt. Ich begrüße diese Arbeit nachdrücklich und wünsche ihr eine nachhaltige Resonanz.“ Dr. Ottilie Scholz (Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum) ISBN 978-3-931999-10-0. EUR 6,50.

Bundesagentur:

Im Visier die Internet-Aktivitäten von Hartz IV-Empfänger_innen

Die Soziale Liste Bochum kritisiert das Vorhaben der Bundesagentur für Arbeit die Nutzer_innen verschiedener Internetforen auszuspionieren.

In der Öffentlichkeit wurde jetzt bekannt, dass die Bundesagentur die Software „Social Media Monitoring Tool“ gekauft hat um damit Foren, Blogs, soziale Netzwerke, wie Facebook und Twitter, Foto- und Videoplattformen, Verkaufsplattformen wie Ebay und Kommentarspalten zu beobachten, um Erkenntnisse und Daten für die eigene Arbeit zu bekommen. Offen ist, ob diese Bestrebungen im Zusammenhang mit der sog. „Hartz IV-Reform“ in Verbindung stehen, die im April 2015 in Kraft treten soll.

Ab Mitte März 2015 sollen am Hauptsitz der Bundesagentur in Nürnberg Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Städten und Bereichen mit der Software vertraut gemacht und geschult werden. Das Vorhaben der Bundesagentur soll bisher an den Datenschutzbeauftragten vorbei in die Wege geleitet worden sein

Die Soziale Liste Bochum sieht in den Beobachtungsabsichten die Einleitung von Schritten, zur weiteren Ausweitung der Kontrolle und Überwachung von „Kundinnen und Kunden“ der Arbeitsagentur, insbesondere von Empfängern von Transferleistungen. Es wäre außerdem ein skandalöser Schritt zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Frieden:

Ostermarsch 2015

Auch in diesem Jahr setzte der Ostermarsch Rhein-Ruhr Zeichen gegen Gewalt, Krieg und Rassismus. Am Ostermontag startete die letzte Etappe in Bochum-Werne (Foto) Richtung Dortmund.

Eine große Menschenmenge erwartete die über 300 Ostermarschierer aus Bochum am Wichernhaus in der Dortmunder Nordstadt zu einem großen Friedensfest.



In Bochum-Werne hatte der Publizist Werner Rügemer auf den Zusammenhang des geplanten Handelsabkommens TTIP und künftige Kriege hingewiesen.

Wolfgang Dominik von der Bochumer VVN-Bund der Antifaschisten erinnerte an den 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg und die Lehren und die Kraft, die aus dem Antifaschismus für unseren heutigen Kampf gezogen werden können.

Jahreshauptversammlung der Sozialen Liste: Widerstand gegen Sozialabbau und „Agenda 2020“

Die Soziale Liste Bochum, die sich als soziales Gewissen der Stadt und Interessensvertreterin der „kleinen Leute“ versteht, hat am 2. März ihre Jahreshauptversammlung in der Gaststätte „Kartenhaus“ durchgeführt.

Im Mittelpunkt des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und der Diskussion standen die gegenwärtigen Herausforderungen und Angriffe auf die sozialen, kulturellen und politischen Rechte der Menschen im Land und in Bochum. Die Soziale Liste Bochum will sich zukünftig stärker auf ihre Kernthemen Arbeit, Soziales und Armut konzentrieren. Zudem soll die Arbeit „außerparlamentarisch“ vor Ort in und mit Initiativen verstärkt werden.

Hauptpunkte für die Bochumer Stadtpolitik sieht die Soziale Liste vor allem in den Herausforderungen und Folgen durch die Schließung von Opel und die Haushalts- und Finanzkrise. Es drohen ein weiterer großer Abbau von Arbeitsplätzen bei der Stadt und die drastische Einschränkung von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Der Widerstand gegen Sozialabbau und die geplante „Agenda 2020“, für bezahlbare Wohnungen und gegen den neoliberalen Umbau der Stadt gegen Filz und Prestigeprojekte (City-Center), für Arbeits- und Ausbildungsplätze (Opel-Flächen), gegen das Sponsoring von fragwürdigen Events, für ein „gläsernes Rathaus“, wird auch in Zukunft die Arbeit der Sozialen Liste Bochum bestimmen.



Helgard Althoff



Wolfgang Schumacher

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Ergebnis: Helgard Althoff wurde zur Vorsitzenden gewählt. Außerdem gehören dem Vorstand Wolfgang Schumacher (Stellvertretender Vorsitzender), Ulrich Achenbach (Kassierer), sowie Anke Pfromm und Günter Gleising an. Zu Revisoren wurden Siegfried Fontana und Ulrich Jünger gewählt.

Wanderung der Sozialen Liste:

Durch das Ölbachtal nach Castrop



Im Oktober ging die Soziale Liste Bochum auf eine Herbstwanderung.

Diese führte von Harpen durch das herbstliche Ölbachtal über Bövinghausen und das Wagenbruchtal zum Endpunkt Marktplatz Castrop. Die Wanderung führt fast ausschließlich durch Landschaft- und Naturschutzgebiete.

Die nächste Wanderung ist für Sonntag den 3. Mai vorgesehen.

Interessenten können sich unter der Tel.: 910 - 1047 anmelden.

Fortsetzung von Seite 1:

Nicht im Interesse der Mieter_innen und der Städte! Fusion der Wohnungskonzerne

Nach der Übernahme der Gagfah durch das Immobilienunternehmen Deutsche Annington ist mit Abstand Deutschlands größter Wohnungskonzern entstanden. In Bochum besitzt die Annington 7.500 Wohnungen.

Der Zusammenschluss zeigt die negativen Auswirkungen der Privatisierung von Wohnungsgesellschaften. Er zeigt, dass Wohnungen, ja sogar ganze Siedlungen, zur Handelsware geworden sind. Ursprünglich mit gemeinnützigen und genossenschaftlichen Grundlagen, sind sowohl die Deutsche Annington als auch die Gagfah heute Kinder der Finanzmarkt-Blase.

Auf die hinter den beiden Wohnungskonzernen stehenden Investoren trifft die Bezeichnung „Heuschrecken“ zu. Inzwischen sind beide börsennotiert. „Solche Gesellschaften sind in erster Linie den Interessen ihrer Aktionäre verpflichtet und sollen eine möglichst hohe Rendite erzielen“, stellte die Soziale Liste kürzlich fest.

Viele Annington- und Gagfah-Mieter_innen haben in den letzten Jahren schlechte Erfahrungen mit diesen beiden Immobilienriesen

gemacht. Seit Jahren schon sind beide Unternehmen nicht für Mieterfreundlichkeit bekannt. Zigttausende Mieter_innen klagen in Internetforen und bei Mietervereinen über schlechten Service, undurchsichtige Nebenkostenabrechnungen und schlechtes Management bei Mängeln und Reparaturen. Erfahrungen zeigen auch, dass Unternehmen mit wachsender Größe immer unflexibler werden, weil Ziele und Verfahrensweisen von den Konzernspitzen vorgegeben werden und die Kunden-nähe verloren geht. Die Fusion hat weitere große negative Wirkungen.

Durch Synergieeffekte sollen Arbeitsplätze abgebaut werden. Diese Entwicklung macht erneut deutlich: Die öffentliche Hand muss ihren Rückzug aus der Wohnungswirtschaft stoppen! „Die Grundforderungen nach bezahlbare Wohnungen für alle, muss verwirklicht werden. Dafür sind der Erhalt des

vorhandenen und die Schaffung von neuem kommunalen Wohnungseigentum notwendig“ sagt Nuray Boyraz von der Sozialen Liste.



Nuray Boyraz

Ratsbeschluss II: Kein Rats-TV

Das Rats-TV wird es in absehbarer Zeit in Bochum nicht geben.

Der von Sozialer Liste und Fraktion DIE LINKE. eingebrachte Antrag, die Rats-Sitzungen per Livestream zu übertragen, wurde insbesondere von SPD und CDU abgelehnt. Von den Grünen stimmte nur ein Ratsmitglied für den Antrag von Sozialer Liste und Linksfraktion.

Telefon 910 1047

IHR RATSMITGLIED
GÜNTER GLEISING STEHT FÜR FRAGEN,
MEINUNGEN, HILFE,
EINSICHTNAHME IN
RATSUNTERLAGEN U. Ä.
ZUR VERFÜGUNG.
EINFACH ANRUFEN.



Plan im Rathaus:

Steuererhöhungen

Der Haushalt der Stadt Bochum wurde erst vor wenigen Wochen verabschiedet und ist schon Makulatur.

Jetzt wurde ein weiteres Defizit im zweistelligen Millionenbereich entdeckt. Der Ausweg der jetzt im Rathaus gesehen wird: Neue Steuererhöhungen. Vor allem die Grundsteuer soll drastisch steigen.

Ratsbeschluss I:

Keine Schulräume für Initiativen?

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU hat der Rat eine Liste beschlossen, die festlegt, welche Organisationen außerhalb der Unterrichtszeit Schulräume und Aulen nutzen dürfen.

Erklärtes Ziel ist es, den Nutzerkreis einzugrenzen und „Nutzergruppen, die vorwiegend allgemeinpolitische Themen vertreten, auszuschließen.“

Betroffen hiervon könnte z. B. eine Initiative sein, die eine Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen und die Todesstrafe z. B. in Saudi Arabien durchführen will. Oder sind Veranstaltungen von unabhängigen Gruppen zum Rüstungsexport von Deutschland in Schulräumen noch möglich? Was ist, wenn Globalisierungsgegner eine Veranstaltung zum Handelsabkommen TTIP in einer Aula durchführen wollen?

Auch die Verwaltung hat die Politiker_innen gewarnt und darauf hingewiesen, dass durch die Änderung der Benutzungsordnung, möglicherweise aufgrund des Gleichheits-Grundsatzes auch einige „wünschenswerte Nutzergruppen“ in Schulräumen zukünftig nicht mehr zugelassen werden dürfen.“

Die Frage ist, wer entscheidet über die Vergabe von Räumen für Veranstaltungen in Schulen? Wer hebt den Daumen oder senkt ihn? Entscheiden zukünftig die Gerichte über die Vergabe von Schulräumen in Bochum?

Diese jetzt beschlossenen Einschränkungen, weil einem Bürger der Stadt die Tätigkeit des DDR-Kabinetts missfällt, sind kontraproduktiv und verfassungsrechtlich bedenklich. Die Intention der Beschlussvorlage atmet den politischen Mief der 1950er und frühen 1960er Jahre aus. Die Soziale Liste lehnt die Änderung daher ab.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer_innen und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenter und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
IBAN: DE12 4306 0967 4008 9169 00
BIC: GENODEM1GLS**

Ich brauche...

- Hilfe bei Behördengängen, bei Fragen zur Miete, Beratung zu ALG II.
- Informationen über die Soziale Liste Bochum.
- Einladungen zu Veranstaltungen.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat

V.i.S.d.P.:

Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-6, 44777 Bochum.

Druck: Kieldruck GmbH, Kiel

E-Mail:

SozialeListeImRat@bochum.de

oder

info@soziale-liste-bochum.de

Internet: www.soziale-liste-bochum.de

Telefon: 0234 - 910 10 47

Fax: 0234 - 910 10 48